



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und
Beschäftigung
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Angelika Paa

Wiesbaden, 15.03.2017

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung
am Dienstag, 21. März 2017, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 301 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 07.02.2017
2. **17-F-01-0009**

Änderung der Marktsatzung
Antrag der SPD Fraktion vom 15.März.2017

Bezüglich des Sternschnuppenmarktes hat der Schausteller-Verband Wiesbaden darum gebeten, den Beginn regelhaft auf den 22. November festzulegen. Dies hätte verschiedene Vorteile wie z.B. ein festes Datum und eine gleiche Veranstaltungsdauer. Darüber hinaus wäre eine Planungssicherheit für Veranstalter, Aussteller sowie Touristikbranche gewährleistet. Die Innenstadt würde eine weitere Belebung in der Vorweihnachtszeit erfahren. Allen Beteiligten ist jedoch auch wichtig, den Totensonntag als absoluten Ruhetag festzuschreiben.

Für die Umsetzung ist eine Änderung der Wiesbadener Marktsatzung notwendig. Diese wurde zuletzt im Jahr 2006 aktualisiert und ist nicht mehr auf dem aktuellsten Stand. So findet beispielsweise die „Kirchweih“ in Rambach und Sonnenberg nicht mehr statt. Unter Wahrung der Interessen der betroffenen Beteiligten (beispielsweise Landeshauptstadt Wiesbaden, Wiesbadener Schaustellerverband, Werbegemeinschaft Wiesbaden e.V. (Wiesbaden wunderbar), Wiesbadener Einzelhandelsverband) sollte die Marktsatzung an die aktuellen Gegebenheiten angepasst werden.

Der Ausschuss für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- a) die Ortssatzung für die Märkte der Landeshauptstadt Wiesbaden (Marktsatzung) unter Einbeziehung der beteiligten Verbände, wie dem Wiesbadener Schaustellerverband, dem Wiesbadener Einzelhandelsverband und der Werbegemeinschaft Wiesbaden e.V. zu überarbeiten und zu aktualisieren;
- b) Die Eröffnung des Sternschnuppenmarktes soll bereits mit Beginn dieses Jahres auf den 22. November gelegt werden. Am Totensonntag jedoch soll der Markt geschlossen bleiben.

3. 17-F-21-0009

Einmaliger Zuschuss Ausbildungsprogramm „5+3“

Antrag der Fraktionen SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 15. März 2017

In 2006 schlossen die Landeshauptstadt Wiesbaden, InfraServ und die Tarifgemeinschaft der chemischen Industrie Hessen einen Ausbildungspakt. Demnach nimmt Infraserf fünf zusätzliche Jugendliche in Ausbildung, wenn die Landeshauptstadt Wiesbaden noch drei weitere Auszubildende finanziert und die Tarifgemeinschaft der chemischen Industrie Hessen einer Verringerung des Ausbildungsentgelts zustimmt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass der Magistrat für das laufende Jahr 2017 außerplanmäßig Mittel in Höhe von 50.000,00 Euro bereitstellt und für die folgende Maßnahme **verwendet**:

Maßnahme	Kosten
Zuschuss als Projektmittel im Ausbildungsprogramm „5+3“	50.000,00 Euro

Die Deckung erfolgt aus den zusätzlichen Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs für 2017.

4. 16-F-05-0017

Nachhaltige und unbürokratische Wirtschaftsinitiative für einen einzigartigen Arbeits- und Lebensstandort

Antrag der Stadtverordnetenfraktion der Freien Demokraten vom 08.11.2016

Beschluss des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung Nr. 0007 vom 07.02.2017

ANLAGE Beschluss

5. 17-F-08-0008

Zielkonflikt „Schaffung von Wohnraum - Sicherung eines Betriebs (Fa. Carl Reichwein GmbH)“
Beschluss des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung Nr. 0008 vom 07.02.2017

ANLAGE - Beschluss

6. 17-F-08-0007

Gender Budgeting
Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 01.02.2017
Beschluss des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung Nr. 0012 vom 07.02.2017

ANLAGE - Beschluss

7. 17-F-21-0001

Industriestandort stärken / Implementierung einer Strategie 17-V-80-0001
Durchführung eines Hearings

ANLAGE - Beschluss

8. 17-V-33-0001

DL 09/17-1

Integrationskonzept für geflüchtete Menschen in Wiesbaden

9. Aktuelles aus dem Kommunalen Frauenreferat

10. Verschiedenes

Tagesordnung II

17-V-80-8001

DL 13/17-3

Beschäftigungsprojekt Bürokräft EXINA 2017 bis 2019

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Schuchalter-Eicke
Vorsitzende